



Detailansicht des Registereintrags

Leo Dautzenberg

Stand vom 26.09.2025 11:54:29 bis 02.10.2025 09:29:24

Natürliche Person

Registernummer:	R000272
Ersteintrag:	02.02.2022
Letzte Änderung:	26.09.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Mitgliedschaften (2):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands
2. Wirtschaftsrat der CDU e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (23):

Allgemeine Energiepolitik; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Urheberrecht; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Zivilrecht; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Versicherungswesen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. Nationale Regulierung zum Zugang von Fahrzeugdaten

Beschreibung:

Zunächst sollte die Implementierung europäischer Regulierung abgewartet werden, bevor auf nationaler Ebene zusätzlich reguliert wird und es zu Doppelregulierung kommt.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406280006](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken

Beschreibung:

Aus den Ergebnissen der Fokusgruppe private Altersvorsorge wird ein Gesetzentwurf erarbeitet. Bürokratie und Verwaltungsaufwand für Versicherungsnehmer, Arbeitgeber und Anbieter von Altersvorsorge sollten durch Durchlässigkeit der Förderschichten abgebaut werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AltZertG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

3. Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten

Beschreibung:

Die Einführung einer Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden wäre für Eigentümer höchst unwirtschaftlich, da Gebäude in Hochrisikogebieten kaum versicherbar sind. Daher sollte auf Gefahrenpräventionsmaßnahmen und eine verhältnismäßige Regelung gesetzt werden.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

4. Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV

Beschreibung:

Damit privat Versicherte genauso wie gesetzlich Versicherte von innovativen Entwicklungen im Gesundheitswesen profitieren können, sollten Private Krankenversicherungen analoge Gestaltungsrechte erhalten wie die Gesetzliche Krankenversicherung. Dies sollte bei künftigen Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412180150 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen sollte gestärkt werden, um Effizienzpotenziale im Gesundheitswesen zu heben (z. B. Vermeidung von Doppeluntersuchungen, effizienter Mitteleinsatz).

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2412180148 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV

Beschreibung:

Die GKV und SPV sollte so aufgestellt werden, dass eine finanzielle Überbelastung des Systems vermieden wird. Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität und Subsidiarität bestehen. Dies trägt zur Beitragssatzstabilität bei und erhöht in der Pflegeversicherung die Generationengerechtigkeit.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Versicherungswesen [alle RV hierzu]

7. Gewährleistung eines modernen Urheberrechts

Beschreibung:

Es wird sich dafür eingesetzt die urheberrechtlichen Rahmenbedingungen an die digitalen Herausforderungen anzupassen. Insbesondere in Bezug auf Urheberrechtsabgaben, neue digitale Geschäftsmodelle sowie die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz.

Betroffenes geltendes Recht:

UrhG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Urheberrecht [alle RV hierzu]

8. Vorbereitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR)

Beschreibung:

Praxistaugliche Ausgestaltung des Überwachungs-, Zertifizierungs- und Zulassungssystems von Medizinprodukten.

Betroffenes geltendes Recht:

MPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

9. Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland

Beschreibung:

Grundsätzliche Erlaubnis der kommerziellen Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2 im In- und Ausland.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Datum des Referentenentwurfs: 04.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Fossile Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

10. Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht

Beschreibung:

Schaffung eines Level-Playing-Field in der Vergabe von Prüfaufträgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

Referentenentwurf:

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 10.07.2025

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit

Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln. Dies betrifft insbesondere die EUTOP-Mandate Vertanical GmbH, Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, ProSiebenSat.1 Media SE, TÜV SÜD AG, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, DocMorris N.V., Deutsche Post AG, Burda Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bundesnotarkammer Körperschaft des öffentlichen Rechts, Vertex Pharmaceuticals (Germany) GmbH und Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arzneimittel, Automobilwirtschaft, Bank- und Finanzwesen, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Gesundheitsversorgung, Handel und Dienstleistungen, Industriepolitik, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Land- und Forstwirtschaft, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Pflegeversicherung, Rente/Alterssicherung, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik", Urheberrecht, Versicherungswesen, Zivilrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Nationale Regulierung zum Zugang von Fahrzeugdaten, Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken, Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten, Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV, Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen, Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV, Gewährleistung eines modernen Urheberrechts, Vorbereitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR), Änderung des Kohlendioxidspeichergesetzes zur Ermöglichung von CCS in Deutschland, Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht

Auftraggeber/-innen (1):

1. **EUTOP Europe GmbH (EUTOP)**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro